

Die Spinne webt ihr Netz

Stromschnellen

Ein Bär — der fängt an solchen Stellen
im Strudel große Lachsforellen,
wenn sie vom Meer — und submarin —
im Strom der Flüsse aufwärtsziehn. —

Der »Bärenhunger« ist es nicht,
was uns beim Anblick so besticht.
Es ist Geschick, was wir beim braunen
und großen Bären so bestaunen.

Ein »Bärendienst« — so heißt es kraß:
»Wasch mir den Pelz — mach mich nicht naß!« —
Trotz Strom — mit vielen Hindernissen —,
für Bären sind es Leckerbissen! —

Was »Meister Petz« auch nie vergißt:
daß Strom sein »Tischleindeckdich« ist! —

Eine Fabel von Gerhard Tacke, dem »James Bond« der Energieversorgung des Dritten Reichs und langjährigen Siemens-Vorstandsvorsitzenden

Die vielzitierte »Stunde Null« fiel aus, obwohl es an Versuchen nicht gefehlt hatte, den Nazismus aus der deutschen Volksseele herauszublasen und ihr die Demokratie einzuhauchen. Henry Morgenthau, der langjährige Freund des amerikanischen Präsidenten Franklin Delano Roosevelt, der als Wirtschaftsminister für die Finanzierung der amerikanischen Kriegsmaschinerie zuständig war, widersetzte sich den »sanften« Friedensideen, die während der

Schlußphase des Zweiten Weltkriegs im amerikanischen Außen- und Kriegsministerium kursierten. »Die deutsche Industrie«, mahnte er seinen Präsidenten, »mit ihrem Hunger nach neuen Märkten und billiger Arbeitskraft ist die Grundlage von Raub, Aggression und Versklavung gewesen. Hitler hätte eine Witzfigur bleiben müssen, wenn Krupp, Thyssen und Hugenberg nicht gewesen wären. Allein die Schwerindustrie erlaubte einem Mann, der für die Slapstickkomödie geboren schien, in Wagnersche Tragödien einzuziehen.« Wenn das Land seine Industrie behielte, würde es jederzeit über alle Mittel verfügen, den dritten Anlauf zur Welteroberung zu nehmen. Auch in Zukunft werde Deutschland die erste Wirtschaftsmacht in einer Umgebung von Habenichtsen bleiben.

Morgenthau wollte jedes Bergwerk und jede Fabrik zerstören, die geschlagene Nation in ein Agrarland umwandeln. Vor allem die Industriereviere an Ruhr und Saar sollten geschleift oder den Franzosen übergeben werden.

»So geht das nicht«, hielt Englands Außenminister Anthony Eden dagegen, und der britische Premier Winston Churchill knurrte: »Der Plan des amerikanischen Finanzministers würde England an einen Leichnam ketten.« Die Briten wußten, daß sechzig Prozent der deutschen Ausfuhren von der Industrie an Ruhr und Saar erwirtschaftet wurden. Dort sollten in der Nachkriegszeit die Güter produziert werden, mit denen die Kriegsschäden bezahlt werden konnten. Roosevelt folgte diesen Argumenten und beschloß im Frühjahr 1945, »die deutsche Industrie soll so weit wie möglich erhalten bleiben, wie es zur Versorgung der Deutschen nötig ist, damit sie uns nicht zur Last fallen. Sie müssen nur ihren kriegerischen Charakter ändern.« Und im Anschluß an die Konferenz von Jalta erklärten Roosevelt, Churchill und Stalin am 12. Februar 1945: »Wir sind entschlossen, die deutschen Streitkräfte zu entwaffnen und aufzulösen, die Macht des deutschen Generalstabs für alle Zeiten zu brechen, das Waffenarsenal zu beschlagnahmen oder zu vernichten, jegliche Industrie, die für Rüstungszwecke eingesetzt werden kann, zu zerstören oder zu überwachen. Alle Kriegsverbre-

cher sind einer gerechten und schnellen Bestrafung zuzuführen. Wir wollen die NSDAP, ihre Einrichtungen und Gesetze auflösen, nazistische und militaristische Einflüsse aus dem Behörden-, dem Kultur- und dem Wirtschaftsleben beseitigen.«

Die deutsche Wehrmacht ergab sich am 8. Mai 1945. Am 5. Juni kapitulierte nach der vernichtend geschlagenen Armee auch das politische Deutschland — ebenso bedingungslos. Es unterwarf sich, hieß es in der »Berliner Erklärung« der Siegermächte, »allen Forderungen, die ihm jetzt oder später auferlegt werden«.

Die alliierten Truppen befreiten das Reich nicht, sie besetzten es. Zu tief war der Nationalsozialismus in alle Bevölkerungsschichten gesickert. Aber für die Umerziehung hatten die Deutschen keine Zeit. Sie benötigten alle Kraft, um zu überleben, die notwendigsten Dinge zu besorgen und aufzuräumen. »Der Haupteindruck im Lande«, schrieb Alfred Döblin, »und er löste Ende 1945 bei dem, der hereinkommt, das größte Staunen aus, ist, daß die Menschen hier wie Ameisen in einem zerstörten Haufen hin und her rennen, erregt und arbeitswütig zwischen den Ruinen, und ihr ehrlicher Kummer ist, daß sie nicht sofort zugreifen können, mangels Materials, mangels Direktiven. Die Zerstörung wirkt auf sie nicht deprimierend, sondern als intensiver Reiz zur Arbeit: Ich bin überzeugt, wenn sie die Mittel hätten, die ihnen fehlen, sie würden morgen jubeln, nur jubeln, daß man ihre alten, überalterten, schlecht angelegten Ortschaften niedergelegt hat und ihnen Gelegenheit gab, nun etwas Erstklassiges, ganz und gar Zeitgemäßes hinzustellen. Und wenn einer glaubt oder früher geglaubt hat, das Malheur im eigenen Lande und der Anblick einer solchen Verwüstung würde die Menschen zum Denken bringen und würde politisch erzieherisch auf sie wirken, so kann er sich davon überzeugen, er hat sich geirrt. Hier lebt unverändert ein arbeitssames, ein ordentliches Volk. Sie haben, wie immer, einer Regierung, so zuletzt dem Hitler, pariert und verstehen im großen und ganzen nicht, warum Gehorchen diesmal schlecht gewesen sein soll. Es wird viel leichter sein, ihre

Städte wieder aufzubauen, als sie dahin zu bringen, zu erfahren, was sie erfahren haben, und zu verstehen, wie es kam.«

In der Nacht vom 21. auf den 22. Juli 1945 veranstalteten die Amerikaner in ihrer Zone eine Großrazzia unter dem Codewort »Tally-ho«. 80 000 Nationalsozialisten gingen den militärischen Fahndern ins Netz. Im »Automatically Arrest Handbook« standen Dienstgrade und Funktionen, die zu einer automatischen Verhaftung führten. Interniert wurden Gestapo-, SS- und SD-Angehörige, Ortsgruppenführer, Bürgermeister, Gauleiter, alte Kämpfer, der gesamte Sicherheitsapparat. Parteigenossen und Beamte wurden festgenommen.

Die Lager verwalteten sich nach kommunalen Regeln selbst, mit »Oberbürgermeistern«, »Gemeinderäten« und »Gemeindeältesten«. Auch der Komplize am Rathenau-Mord von 1923, der deutschnationale Freikorpskämpfer Ernst von Salomon, steckte in einem amerikanischen Internierungscamp. In seinem 1945 erschienenen Roman »Der Fragebogen« rechnet er mit den Entnazifizierungsversuchen der Amerikaner ab. »Sie wissen selber nichts«, schreibt er, »schlimmer noch: sie interessieren sich gar nicht dafür, sie sind so ungeheuer verschwiegen, weil ihnen so ziemlich alles völlig Wurscht ist — außer ficken vielleicht, das ist wahrhaftig so ziemlich das Einzige, wovon sie reden.«

Wut, Verachtung und Berechnung vergifteten das Verhältnis zur allmächtigen amerikanischen Kommandantur. Aber im zerstörten Land begann eine neue Phase. Die alten Funktionäre saßen hinter Gittern oder durften sich nicht mucken. Wer nicht gefangen war, der mußte Kohlen, Holz, Nahrungsmittel oder Medikamente besorgen, im Improvisieren maßen sich die Überlebenskünstler.

Mit einer ähnlichen Liste wie dem Automatically Arrest Handbook säuberten die Besatzer das gesamte öffentliche Leben von den Würdenträgern des Nationalsozialismus. Wer in der Partei, ihren Organisationen, im Staatsapparat oder in öffentlichen Institutionen zum Rädelsführer der Nazis aufgestiegen war, der verlor seinen Job. Als den Ameri-

kanern in einer Münchener Papiermühle die sechs Millionen Namen umfassende Mitgliederkartei der NSDAP in die Hände fiel, fegte eine Welle von Berufsverboten Schulen, Gerichte und Rathäuser leer. Der öffentliche Dienst wurde in einigen Städten regelrecht entvölkert. Unter den 309 Juristen des Bamberger Oberlandesgerichts besaßen 302 das Parteibuch, die Stadt Schweinfurt hatte überhaupt keinen Richter oder Staatsanwalt vorzuweisen, der nicht Nazi gewesen war. Auch von den 108 Lehrern der Stadt durften nur 20 an ihrer Arbeitsstelle bleiben, 88 Kollegen mußten wegen ihrer Vergangenheit den Dienst quittieren. Allein in Bayern wurde der Kollaps von 21 Finanzämtern gemeldet, deren Personal verhaftet war.

Die Franzosen dagegen brachten lediglich die großen Nazis hinter Schloß und Riegel, die kleinen aber ließen sie laufen, wenn sie sich ruhig verhielten. Sehr zum Ärger der Amerikaner fanden sogar Nazifunktionäre, die von ihnen gefeuert worden waren, Aufnahme in Ämtern und Dienststellen in der benachbarten Zone. Und die Briten kamen früher als die Amerikaner zu der Erkenntnis, daß »ein vollständiger und chaotischer Zusammenbruch droht«, wenn »wir die Denazifizierungsvorschriften zu drastisch und einseitig auslegen«, mahnte das Besatzungsblatt »British Zone Review«.

Insgesamt wurden 520 000 Nazis aus Verwaltungen, Justiz und Industrie entfernt. Vier Fünftel der 2500 Richter und Staatsanwälte mußten den Dienst quittieren und jeder zweite der knapp 40 000 Lehrer.

Der gewaltsame Versuch, das verwirrte Volk zur Demokratie zu erziehen, brachte aber keine durchschlagenden Erfolge. In den ersten zwei Nachkriegsjahren befürwortete noch immer mehr als die Hälfte der Bevölkerung den Nationalsozialismus, wie die Amerikaner durch Umfragen ermittelten. Im Winter 1946 schrumpfte die Zahl der Nazigeegner sogar auf weniger als ein Drittel der Befragten. Nachdem die Funktionsträger des Nationalsozialismus und ein Großteil der Beamten mit den ersten Berufsverboten der Nachkriegszeit belegt worden waren, nahmen sich die Alliierten der »Wehrwirtschaftsführer« an. Im Gesetz Nr. 8 vom

26. September 1945 ordnete General Lucius D. Clay für die von ihm kontrollierte amerikanische Zone an: »Die Beschäftigung eines Mitglieds der NSDAP oder einer der ihr angeschlossenen Organisationen in geschäftlichen Unternehmungen aller Art, in einer beaufsichtigenden oder leitenden Stellung oder in irgendeiner anderen Stellung als der eines gewöhnlichen Arbeiters, ist gesetzwidrig.« Jeder Berufstätige mußte auf einem Fragebogen mit 131 Einzelposten der US-Militärregierung seine politische Vergangenheit erklären. Die amerikanischen Datensammler versanken bis zum Jahresende in einer Flut von 1 650 000 Formularen. Clay kabelte nach Washington: »Selbst wenn ihr mir 10 000 Mann für diese Aufgabe schickt, können wir die amerikanische Zone nicht wirklich entnazifizieren.«

Im Laufe des folgenden Jahres wurde deshalb die Entnazifizierung in den drei Westzonen deutschen Spruchkammern übertragen. Diese allseits unbeliebten Einrichtungen betrieben eine elende Entnazifizierung teils dilettantisch, teils engstirnig nach Parteiinteressen. Träumer und Eiferer saßen nebeneinander und urteilten nach völlig unzureichenden Maßstäben, das konnte nicht gutgehen. Bis 1949 wurden 3,6 Millionen Fälle bearbeitet. Ein Drittel davon fiel unter Amnestie, ein weiteres Drittel wurde »entlastet«. »Minderbelastet« erschienen den Richtern 150 425 Parteigenossen, »belastet« 23 060, und nur 1667 Altnazis galten als »hauptschuldig«. Lediglich knapp drei Prozent aller Mitglieder wurden wegen ihrer Zugehörigkeit zur NSDAP zur Rechenschaft gezogen.

In Bayern beispielsweise wurden von den deutschen Spruchkammerrichtern wundersamerweise 93,1 Prozent der Einwohner zu Nichtnazis erklärt: Wegen dieser Persilscheinverfahren waren 1949 bereits 60 Prozent der Richter und 76 Prozent der Staatsanwälte des Dritten Reichs wieder auf ihren Posten. »Die politische Säuberung muß als gescheitert betrachtet werden«, stellte die SPD-Fraktion im Nordrhein-westfälischen Landtag 1948 fest. »Die wirklich Schuldigen sind nicht angemessen zur Rechenschaft gezogen worden. Den Nutznießern des Nationalsozialismus in

der Wirtschaft kommen die Erträge aus ihren Raubzügen noch immer zugute.«

Diese Entwicklung hatte sich schon im Herbst 1944 abgezeichnet, nachdem die Alliierten in Frankreich gelandet waren. Befreundete Manager aus Energiekonzernen der Kriegsgegner spielten dem Siemens-Prokuristen und späteren Vorstandsvorsitzenden Gerhard Tacke im neutralen Schweden eine streng geheime Deutschlandkarte zu, auf der die Grenzen der geplanten Besatzungszonen eingezeichnet waren. Der Prokurist lieferte das heiße Dokument bei seinen Chefs in Berlin ab. Die konnten aufatmen. Ihre Siemens-Stadt würde im zukünftigen britischen Sektor liegen und war somit nicht von einer Enteignung durch die Sowjets bedroht. Der politisch unbelastete Juniorchef Ernst von Siemens wurde mit der Führung der Geschäfte beauftragt, der Hauptsitz der Firma von Berlin nach München verlegt.

Dort funktionierte die Zusammenarbeit mit den Amerikanern von Beginn an reibungslos. Der neue Siemens-Chef stand auf keiner Fahndungsliste und konnte sich über das Kommunikationsnetz der US-Army gleich mit seinen Kollegen aus dem Weltkartell in Übersee kurzschließen. Aber auch für die linientreuen Wehrwirtschaftsführer standen die Aussichten nach dem Zusammenbruch glänzend. Von Import und Export ließ es sich bequemer leben als von Überfall, Plünderung und Sklavenarbeit. Das übermächtige Kartell aus Militärs, Großgrundbesitzern, Bürokraten, Technokraten und Industriellen war zerschlagen. Mit ihm lösten sich die politischen Chimären der »Erbfeinde«, »Weltverschwörung«, »Einkreisungsängste« und der »Rassenkämpfe« in nichts auf, bis sie während des Koreakriegs durch »russische Welteroberungspläne« und die »kommunistische Gefahr« ersetzt worden sind.

Während die Offiziere noch hinter Stacheldraht saßen, die Bürokraten Berufsverbot hatten und die Politiker von den Militärgouverneuren Befehle empfangen, knüpften die Industriellen längst wieder als Gleichberechtigte Kontakte mit ihren Auslandspartnern. Freilich reagierten nicht alle Manager des Dritten Reichs so cool, Ausnahmen bestätigten auch

hier die Regel. Albert Vögler zum Beispiel, seit 1924 Aufsichtsratsvorsitzender des RWE, zeigte beim Einmarsch der Amerikaner in das Ruhrgebiet 1945 schwache Nerven, er erschoss sich in seinem Dortmunder Haus.

Dabei war er auch nur einer jener eiskalten Technokraten gewesen, die unter der Hitlerdiktatur ihr Bestes gegeben und von anderen — vorzugsweise von Juden — das Beste genommen hatten. Vögler saß seit 1933 als Abgeordneter der NSDAP im Reichstag und gehörte zu den Männern, die Hjalmar Schacht bei der Abfassung des Energiewirtschaftsgesetzes die Feder führten. Zuletzt war er als Generalbevollmächtigter des Rhein-Ruhr-Gebiets unter Albert Speer, dem Generalinspektor für Wasser und Energie, verantwortlich für die Aufrechterhaltung der Produktion von Rüstungs- und Kriegsmaterial. Außerdem fühlte sich Vögler dem Großindustriellen Friedrich Flick partnerschaftlich verbunden, der im Verwaltungsrat des RWE saß. Beide hatten zum »Freundeskreis des Reichsführers SS Heinrich Himmler« gehört und manchen Coup gegen jüdische Konkurrenten gedreht, was für sie überaus einträglich gewesen war. Flick saß für die Sünden seiner Vergangenheit im Kriegsverbrechergefängnis Landsberg fünf Jahre lang, bis er 1950 entlassen wurde.

Die Kartelljäger aus den Vereinigten Staaten erkannten bald, daß sie nach Don-Quichote-Manier gegen Windmühlenflügel kämpften, denn die internationalen Kapitalverflechtungen ließen selbst Kriegsverbrecher an ihren Sesseln kleben, die weltweiten Bankverbindungen machten es möglich. Angesichts der in Deutschland drohenden Hungersnot und der steigenden Kosten für den Unterhalt der Besatzungsarmee brauchten die Siegermächte den Willen zum Aufschwung, der im Temperament des deutschen Unternehmers steckte. Von der Potsdamer Erklärung, »in kürzester Frist das deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermächtigen Kartelle, Syndikate, Trusts und anderer Monopolvereinigungen«, war bald nicht mehr die Rede, sehr zum Verdruß der amerikanischen Kartellentflechter.

Der US-Kartellkritiker James Martin schrieb einen Bericht an General Clay: »Die Industriellen sind überzeugte Chauvinisten, rassenbewußt, habgierig und rücksichtslos. Alle sind sie monopolistisch orientiert und antidemokratisch. Viele, wenn nicht die meisten, haben Hitler offen unterstützt. Es gibt keine Kraft in Deutschland, sei sie privat oder öffentlich, die fähig ist, den Willen der deutschen Monopolisten zu brechen.«

Derweil mußten sich Hitlers Chefbürokraten vor dem internationalen Tribunal in Nürnberg verantworten. Albert Speer, der ehemalige Rüstungsminister und Generalinspektor für Wasser und Energie, gab sich als völlig unpolitischer Technokrat, der von den Verbrechen der Nazidiktatur nichts gewußt haben will. Nachdem er das Urteil, zwanzig Jahre Gefängnis, vernommen hatte, erwies sich der »simple Befehlsempfänger« in seinem Schlußwort indes als überaus weitsichtig. »Dieser Krieg«, sagte er im September 1946, »endete mit ferngesteuerten Raketen, mit Flugzeugen von Schallgeschwindigkeit, mit neuartigen Unterseebooten und mit Torpedos, die ihr Ziel selber finden, mit Atombomben und der Aussicht auf einen furchtbaren chemischen Krieg. Der nächste Krieg wird zwangsläufig im Zeichen dieser neuen zerstörenden Erfindungen menschlichen Geistes stehen. Daher«, rief Speer aus, »je technischer die Welt wird, um so notwendiger ist als Gegengewicht die Förderung der individuellen Freiheit und das Selbstbewußtsein des einzelnen Menschen.«

Kurt Schumacher von der SPD dachte wohl ähnlich, als er im Sommer 1945 den Genossen den Weg wies: »Auf der Tagesordnung steht heute als der entscheidende Punkt die Abschaffung der kapitalistischen Ausbeutung und die Überführung der Produktionsmittel aus der Hand der großen Besitzenden in gesellschaftliches Eigentum.«

Am 7. August 1945 hatten sich die westlichen Besatzungsmächte darauf verständigt, die Bildung von Parteiorganisationen auf Kreisebene zuzulassen. General Lucius D. Clay, der amerikanische Militärgouverneur, mußte handeln, weil Stalin in seiner Besatzungszone schon am 10. Juni 1945 vier

Parteien die Lizenzen erteilt hatte. Amerika, das Musterland der Demokratie, konnte sich in der Gewährung demokratischer Grundrechte nicht gut von dem sowjetischen Diktator überflügeln lassen.

Selbst die frischgegründeten Christdemokraten gaben sich damals sozialistisch: »Die Vorherrschaft des Großkapitals«, hieß es in den Kölner Leitsätzen, »der privaten Monopole und Konzerne wird gebrochen.« Und das Ahlener Programm formulierte 1947 den Wendewillen in den Köpfen der bürgerlichen Gesellschaft. »Das kapitalistische Wirtschaftssystem«, heißt es dort, »ist den staatlichen und wirtschaftlichen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen. Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein.« Die CDU forderte damals eine gemeinwirtschaftliche Ordnung unter anderem der Elektrizitätsversorgung: »Die Zeit von 1933 hat zu große Zusammenballungen industrieller Unternehmungen gebracht. Diese bekamen dadurch einen monopolartigen Charakter. Sie wurden für die Öffentlichkeit undurchsichtig und unkontrollierbar. Die zu dem engen Kreis der Vertreter der Großbanken und der großen industriellen Unternehmungen gehörigen Personen hatten infolgedessen eine zu große wirtschaftliche und damit zu große politische Macht.«

Der Vorsitzende der CDU in der britischen Zone, Konrad Adenauer, nannte das Ahlener Programm einen »Markstein in der Geschichte des deutschen Wirtschafts- und Soziallebens«. Aber natürlich gingen ihm die Absichtserklärungen seiner Parteifreunde entschieden zu weit. Schließlich hielt der Berufspolitiker schon 1930 — neben 13 weiteren — einen Aufsichtsratsposten beim RWE besetzt. Aber der »Alte« unternahm nichts gegen die revolutionären Bestrebungen in seiner Partei, um seine Machtposition nicht zu gefährden.

Den Ruf nach Verstaatlichung aus den Kreisen seiner Partei brachte der schlaue Fuchs Adenauer mit einem bewährten Trick zum Verstummen. Die drohende Vergesellschaftung wichtiger Schlüsselindustrien bog er mit jener Methode ab, die sich schon 1919 bewährt hatte, als die Stromindustrie sozialisiert werden sollte und das Menetekel von den Vaterlandsverrätern an die Wand gemalt wurde. Nur waren diesmal die Fronten noch klarer. Adenauer machte seinen Gefolgsleuten klar, daß eine Vergesellschaftung von Teilen der Wirtschaft vorerst nicht praktikabel sei, da die deutsche Industrie noch keine Freiheit genieße. Die Besatzer hatten den Daumen drauf.

Konrad Adenauer, bei Kriegsende 69 Jahre alt, stand als einer von 1500 Leuten auf der im Dezember 1944 erstellten amerikanischen »White List of Persons in Germany believed to be Anti-Nazi or Non-Nazi«, einer Liste von Menschen also, die entweder als Nazigegner oder als Nichtnazis angesehen wurden. Mitte März 1945 schon hatten die Amerikaner den ehemaligen Oberbürgermeister der Stadt Köln in seinem Rhöndorfer Haus ausgemacht. Im offenen Jeep wurde er nach Köln gefahren und erfuhr dort, daß er seinen Beruf wieder ausüben sollte.

Am 21. Juni 1945 aber fand in Köln die Wachablösung statt. Die Amerikaner rückten ab und die Briten ein. Mit den Engländern geriet der ehrgeizige Oberbürgermeister bald aneinander. Der Militärgouverneur im nördlichen Abschnitt der Rheinprovinz, John Ashworth Barraclough, hatte Ende September den Rausschmiß des Oberbürgermeisters schon fertig getippt in der Schreibmaschine liegen, nur das Datum fehlte noch. Der Fallschirmjägerbrigadier setzte es ein, nachdem Adenauer der amerikanischen Presseagentur Associated Press (AP) ein Interview gegeben hatte, in dem er forderte, daß die Deutschen als gleichberechtigte Partner in Westeuropa akzeptiert werden müßten.

Wegen dieses Vorpreschens in einem amerikanischen Medium verlor der »Alte« zwar am 6. Oktober seinen Posten als Oberbürgermeister, er wurde dadurch aber frei für höhere Aufgaben, für die ihn die amerikanischen Politstrate-

gen schon längst ausgeguckt hatten. Eine dieser Aufgaben hatte mit der Energieversorgung zu tun.

Konrad Adenauer war der Energiewirtschaft nicht nur beruflich verbunden, auch verwandtschaftliche Bande machten ihn zu einem Förderer der Energiekonzerne, vor allem des RWE. Er hatte 1919 die 24jährige Gussie Zinsser geheiratet, die Tochter eines Kölner Universitätsprofessors. Gussies Onkel, Georg Zinsser, und dessen Kinder gehörten zu den »oberen Zehntausend« Amerikas. Gussies Vetter John Sherman Zinsser zum Beispiel war Direktor der Wallstreet Bank I. P. Morgan & Co., der »Zinsser-Chemical Co.« und Präsident des Pharmakonzerns »Sharp & Dohme«. Kusine Ellen Zinsser heiratete 1930 John McCloy, einen prominenten Rechtsvertreter der amerikanischen Großwirtschaft, Hauptaktionär der »Gillette-Gesellschaft«, später Direktor der Weltbank und ab 1950 Hoher Kommissar für die amerikanische Besatzungszone in Deutschland. Die dem Morgan-Trust nahestehende Dillon Read Bank war an der Deutschen Bank beteiligt. Im Aufsichtsrat der Deutschen Bank saß, nach eigenen Angaben, Konrad Adenauer.

Amerikanisches Kapital steckte auch im RWE. Größer noch als die amerikanische Kapitalbeteiligung waren allerdings die Anleihen, die das RWE bei einem amerikanischen Bankenkonsortium unter der Führung der New Yorker National City Bank aufgenommen hatte. Diese Verbindung half dem rheinischen Stromriesen zu überleben. Bei Kriegsende betrug die nutzbare Stromabgabe des Konzerns nur noch 187 Millionen Kilowattstunden, sie stieg aber schon einen Monat später auf 304 Millionen Kilowattstunden. In der Saison 1945/46 kletterte der Stromverkauf auf immerhin 4 Milliarden Kilowattstunden — rund zwei Drittel der Höchstabgabe während der heißen Produktionsphase im Krieg. Das erste Nachkriegsjahr blieb dann auch das einzige Bilanzjahr in der Geschichte des RWE, das mit einem Defizit endete.

Adenauers familiäre Beziehungen zum amerikanischen Kapital und sein persönlicher Einsatz haben dafür gesorgt, daß das RWE von jeglichen Entflechtungsmaßnahmen nach

dem Zweiten Weltkrieg verschont blieb. Statt dessen verflocht sich die Familie, deren Oberhaupt 1949 zum ersten Bundeskanzler der jungen Republik gewählt wurde, immer tiefer mit dem Energieriesen. Dr. jur. Konrad Adenauer, des »Alten« Sohn aus erster Ehe, war Vorstandsmitglied des Rheinischen Elektrizitätswerkes im Braunkohlrevier AG (RWE), einer hundertprozentigen Rheinbraun-Tochter. Nachdem das RWE in der Muttergesellschaft aufgegangen war, wurde Konrad der Jüngere auch Vorstandsvorsitzender bei Rheinbraun und blieb es bis 1971. Er beriet zusätzlich die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) als Vorstandsrat. Dr. jur. Max Adenauer, zweiter Sohn aus erster Ehe, taucht etwa 1954 im Verwaltungsrat des RWE auf, als Oberstadtdirektor von Köln. Er sitzt auch im Aufsichtsrat der Rheinbraun AG. Libeth Adenauer, die Tochter des ersten deutschen Bundeskanzlers, wurde am 2. Mai 1950 die Ehefrau des Großindustriellen Hermann Josef Werhahn. Diese Heirat besiegelte eine langjährige Freundschaft zwischen den Familienclans unter der Leitung von Peter Wilhelm Werhahn und Konrad Adenauer. Damit war der mächtigste deutsche Politiker der Nachkriegszeit mit dem größten privaten RWE-Aktionär verwandt.

Derartig mit Wohlwollen von höchster Stelle ausgestattet, machten die Energiekonzerne in der ersten Aufbauzeit bald wieder glänzende Geschäfte, nachdem sich herausgestellt hatte, daß die Bombenschäden bei weitem nicht so schlimm waren, wie die Kraftwerker befürchtet hatten. Rein technisch waren Strom-, Gas- und Wasserversorgung in den Griff zu kriegen. Doch fehlte noch eine gesetzliche und administrative Regelung.

Ganz im Sinne der um sich greifenden Restauration besannen sich die Versorgungsunternehmen daher auf die alten Kommandostrukturen der Nazizeit. Mit dem Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft konnten sie bestens weiterleben, denn der Generalinspektor für Wasser und Energie war ja von den Alliierten aus dem Weg geräumt worden. Die große Verbrüderung fand im Herbst 1948 statt, als sich die Abgesandten der neun größten »Stromfamilien«

trafen und auf Betreiben des RWE-Vorstandsmitglieds Heinrich Schöller am 15. November eine »ehrenwerte Gesellschaft« gründeten, die fortan die Energieversorgung planen, ausführen und kontrollieren sollte. Die Deutsche Verbundgesellschaft e. V. (DVG) übernahm im politischen Bermuda-Dreieck der Nachkriegszeit die Aufsicht über die Energiewirtschaft des Rest-Reichs, die einst der Generalinspektor unter sich hatte, gerade noch rechtzeitig, bevor die Bundesrepublik mit ihrem föderativen System gegründet wurde.

»Auf freiwilliger Grundlage«, heißt es im Selbstverständnis der DVG, »sprechen sich die Partner über wichtige energie-wirtschaftliche Fragen ab — mit möglichst wenig Bürokratie und Zentralisierung. Die Verbundunternehmen haben sich verpflichtet, den Ausbau der Verbundwirtschaft zu fördern. Sie stimmen die Planung von Kraftwerken und Leitungen aufeinander ab.« In der Satzung beschlossen die Vereinsgründer, daß Beschlüsse nur einstimmig gefaßt werden dürfen, auch die Entscheidung, ob ein neues Mitglied aufgenommen wird. Die Eintrittskarte für eine mögliche Mitgliedschaft wurde freilich sehr hoch angesetzt: Wer sich um die Aufnahme in der Bundesrepublik Deutschlands exklusivsten Klub bemüht, so wurde später beschlossen, der muß im Besitz einer 380 000-Volt-Höchstspannungsleitung sein. Keinesfalls aber darf der Bewerber zu den kommunalen Versorgungsunternehmen gehören, das beschloß die schlagkräftige Verbindung am 25. Januar 1973 in einer Satzungsänderung — womit klar war, gegen wen sich die einflußreichen Stromkartellisten abgrenzen wollten. Ein Jahr später verlor der mächtigste deutsche Kleinverein den Status der Gemeinnützigkeit.

Die Deutsche Verbundgesellschaft ist gegründet worden, um möglichen Vergesellschaftungsplänen zukünftiger Regierungen eine Supermacht entgegenzustellen. Und die Sorgen der Energieriesen waren berechtigt, hatte doch der SPD-Politiker Carlo Schmid bei der Gründungsversammlung der SPD in Südwürttemberg am 10. Februar 1946 in Reutlingen klargemacht: »In einem wollen wir kategorisch

sein. Wir wollen in Deutschland keinen Krieg mehr führen, und wir wollen darum auch keine Vorbereitungen treffen, die das Kriegführen ermöglichen könnten, weder im politischen noch im wirtschaftlichen . . . Wir werden keinen Minister Hjalmar Schacht mehr dulden! Wir werden da heute aufpassen und politischer handeln, als unsere Väter es im Glauben an die eingeborene Vernunft des deutschen Volkes taten. Wir wollen nicht umsonst Lehrgeld bezahlt haben.« Doch die Wirklichkeit sah ganz anders aus. Als die Väter der Verfassung um ihre Formulierungen rangen, hatten sie völlig andere Dinge im Kopf. Der Zusammenbruch von 1945 hatte für die Kraftwerksbetreiber und Stromverkäufer keine Stunde Null gebracht. Mitten in Not und Elend mußte zuerst die Energieversorgung wieder angekurbelt werden. Gefragt waren keine Vergangenheitsbewältiger, sondern Techniker und Ingenieure, die mit unzureichendem Material und praktisch ohne Kapital die zerstörte Versorgungsstruktur wiederherstellen konnten. Die Politiker begaben sich derweil auf die Suche nach den Bruchstücken des untergegangenen Reichs.

»Nachdem die Reichsgewalt weggefallen war und nur die Gemeinde, später auch Stadt- und Landkreise, als Einwohnerverband anerkannt wurde«, erinnert sich Dr. Reinhold Maier, ehemaliger Ministerpräsident von Baden-Württemberg und Bundestagspräsident von 1952 bis 1953, an den politischen Anfang der Bundesrepublik Deutschland, »verteidigten die Landräte die neu gewonnenen Reiche, der eine oder andere sah in sich einen König, wenn es auch nur ein Zaunkönig sein konnte. Nichts behagt so manchen Deutschen besser, als sich ganz im kleinen einzuspinnen. Auch weiter oben war manch einer glücklich, daß eine Autorität oberhalb von ihm selbst nicht mehr bestand. Wir suchten unentwegt Deutschland, ganz Deutschland. Der Länderrat in Stuttgart umfaßte außer Bremen nur die drei süddeutschen Staaten. Er hat sich — auf Ehre! — nie als die Organisation von Süddeutschland gefühlt, sondern immer und stets als ein Stück Deutschland. Das Geheimnis seines Erfolges lag in der außergewöhnlichen Vorschrift: Gültigkeit

hat nur der einstimmig gefaßte Beschluß. Die vier Länder und ihre Vertreter wurden hierdurch sozusagen zusammengezwungen. Ein solches Sicheinigenmüssen war eine nützliche Vorübung zur Demokratie. Bei dieser Regelung kam einfach nichts zustande, wenn man sich nicht einigte. Aus lauter Not einigte man sich. Die Not von damals war eine Not von tausenderlei Einzelheiten.«

Alles, so Reinhold Maier, wurde von den Ministerpräsidenten unternommen und nichts versäumt, um Deutschland stückweise zusammenzubringen. Und er berichtete weiter: »Schnee und Eis lagen noch über der Norddeutschen Tiefebene, als eine Länderratsdelegation mit General Clays Flugzeug ›Susan Ann‹ im Februar 1946 nach Bremen flog. Wir unterbreiteten den norddeutschen Regierungschefs den Plan eines verlängerten Länderrats. Als die Deutschen im Begriff waren, sich in diesem Sinn zu vereinbaren, erhob sich ein englischer Oberst in ganzer Größe: ›Es gibt in der britischen Zone keine Regierungsautorität über die Provinz!‹ Und wie er sich setzte, sagte er halb laut, indem er auf mich deutete: ›These people dream‹ — diese Leute träumen ja!«

Unverdrossen blieben die Landespolitiker weiter auf der Suche nach Deutschland, ganz Deutschland. Maier: »Im Oktober 1949 kamen wir wieder mit neuem Mut und mit neuen Plänen nach Bremen. Wir beschlossen einen deutschen Länderrat, einen deutschen Volksrat. Die Deutschen waren einig. Die Besatzungsmächte konnten sich nicht einigen. Ihr Plazet blieb aus. Manches wäre uns erspart geblieben. Die deutsche Demokratie wäre auf diese Weise den natürlichen Weg gegangen. Sie wäre von unten nach oben gebildet worden. Die Amerikaner hatten eine Konzeption: Demokratie von unten nach oben. Wahlen zuerst in den kleinen, dann in den mittleren Gemeinden, dann in den Großstädten, Wahlen zu den Verfassungsorganen, Landtagswahlen und damit das Bundesland und darüber der Bund. Diese Konzeption stieß auf die total andersartige Organisation der britischen Zone von oben her über die Zentralämter. So wurde die Bundesrepublik in der Folge den

westdeutschen Ländern, welche 1949 überwiegend staatliche Substanz schon gewonnen hatten, ziemlich unorganisch über den Kopf gestülpt.«

Im Sommer 1947 erlitt die Ministerpräsidentenkonferenz in München einen ersten Rückschlag. Sämtliche 17 Ministerpräsidenten und Regierungschefs aller vier Zonen, einschließlich der Sowjetzone, waren erschienen. In dem Sitzungssaal blickten Jahrhunderte auf sie. An den Wänden hingen, von Meistern des Mittelalters gemalt, die Porträts von Männern der deutschen Vergangenheit. In den dunklen Ecken des Saals geisterte in jener Mitternachtsstunde die neudeutsche Zwietracht. Um drei Uhr morgens verließen die fünf Sowjetzonenministerpräsidenten den Beratungsraum. Die Methode, eine Konferenz zu sprengen, indem man eine Einigung über die Tagesordnung verhindert, wurde hier zum erstenmal vorgeführt. Dr. h. c. Peter Altmeier, damals rheinland-pfälzischer Ministerpräsident, stellte fest, »daß die Ereignisse im Sommer 1948 in bestürzender Folge und in geradezu bedrängender Eile kamen, die nicht nur der Volkswirtschaft den belebenden Impuls, sondern auch dem politischen Schicksal eine neue Wendung gaben«. Das deutsche Protokoll der Konferenz der Militärgouverneure und der Ministerpräsidenten am 26. Juli 1948 in Frankfurt am Main macht deutlich, daß sich die Verhandlungspartner aus Siegern und Besiegten schnell einig wurden, als es um die Formulierung des Grundgesetzes ging, das an Stelle einer Verfassung geschaffen werden sollte. Und Bremens Bürgermeister Max Brauer, SPD, mahnte die alliierten Kommandeure, nicht kleinlich zu sein, damit der Marshallplan zum Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft schnell durchgeführt werden könne.

Nach dem Verständnis seiner Schöpfer sollte das Grundgesetz nie echten Verfassungsrang erhalten. Eine Verfassung wollte man erst beschließen, wenn die deutsche Nation wieder vereint sein würde. Das Grundgesetz benötigten die Ministerpräsidenten »für die einheitliche Verwaltung des Besatzungsgebietes der drei Westmächte, als gemeinsame Institution der Länder auf Grund einer von ihnen selbst zu

schaffenden Ordnung«.

Offengeblieben war bis zu dieser Konferenz, wie die deutsche Ersatzverfassung heißen, wer sie beschließen und wie die notwendigen Änderungen der Ländergrenzen durchgeführt werden sollten. Ministerpräsident Ehard vom Freistaat Bayern flunkerte den drei Generälen vor: Zwischen dem Grundgesetz und der von den alliierten Rechtskundlern geforderten Verfassung bestehe überhaupt keine Differenz. »Hier ist gar kein sachlicher Unterschied, sondern nur eine terminologische Verschiedenheit zufolge unzureichender Übersetzung.«

Die Konferenzteilnehmer schlossen einen Kompromiß. Das Grundgesetz sollte als provisorische Verfassung ausgearbeitet werden. Auf welchem Weg das deutsche Volk über seine vorläufige Verfassung abstimmen durfte, sei von den Regierungen der Siegermächte zu bestimmen. Später einigte man sich darauf, das Grundgesetz durch Landtage verabschieden zu lassen — nicht durch eine Volksabstimmung.

In damals üblicher Einigkeit hatten sich die westdeutschen Ministerpräsidenten gegen die von Zweifeln befallenen Besatzer durchgesetzt. Jetzt bekamen die Deutschen grünes Licht für die Wahl des Parlamentarischen Rates, der die vorläufige Verfassung ausarbeiten sollte.

Der Rat wurde aus den Landtagen gewählt, sein Vorsitzender wurde Konrad Adenauer. Unter seiner Leitung nahm der Rat die Aufgabe ernst, mit dem Grundgesetz nur ein Provisorium zu schaffen. Viele Regelungen des Dritten Reichs blieben weiter in Kraft, so auch das Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft.

Auf diese Weise schufen die Verfassungstüftler mit dem Grundgesetz lediglich ein Notdach auf den Mauern des zerbombten Reichs, unter dem der wirtschaftliche Aufschwung beginnen konnte mit den alten Dampfkesseln aus dem Keller Nazi-Deutschlands. Je älter das Gesetzeswerk wurde, desto mehr bekam es den Rang eines Heiligtums, an das man nicht rühren, das niemand in Frage stellen darf. Dabei konnte den Deutschen nicht verborgen bleiben, wie löchrig dieses Notdach ist, das doch immerhin für jeden Lokführer,

Lehrer oder Postboten, der Beamter werden will, den festen Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung darstellen soll — das Bundesverfassungsgericht begründete die fortdauernde Gültigkeit von Gesetzen aus der Hitlerzeit am 26. März 1957 in den denkwürdigen Sätzen: »Gemessen an den Vorschriften der Weimarer Rechtsverfassung war das sogenannte Ermächtigungsgesetz ungültig. Es bedarf hierüber jedoch keiner näheren Ausführungen, denn über seine Gültigkeit kann nicht nach den Bestimmungen dieser Verfassung (gemeint ist das Grundgesetz, Anm. d. Verf.) entschieden werden. Das Ermächtigungsgesetz muß als eine Stufe der revolutionären Begründung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft angesehen werden. Es schuf an Stelle der bisherigen eine neue Kompetenzordnung. Die neue Kompetenzordnung war international anerkannt. Sie funktionierte auch nach innen.«

Vergeblich hatten SPD-Politiker in Hessen und Bremen die Verfassungsrichter daran erinnert, daß Hitlers Ermächtigung zwar mit der vorgesehenen Zweidrittelmehrheit des Reichstages verabschiedet worden war, daß aber das Parlamentsgebäude von Truppen der SA umstellt gewesen war und 109 Abgeordnete im Gefängnis saßen. Erst die Änderung der Geschäftsordnung hatte überhaupt die Beschlußfähigkeit des Parlaments herstellen können; unentschuldig Fehlende wurden kurzerhand zu Anwesenden erklärt. Es half nichts, denn Recht ist gleich Ordnung, und Ordnung muß sein — wie auch immer. Und daß die Nazis Ordnung halten konnten, hört man auch heute noch immer wieder. Etwa, wenn im Gefolge von Kraftsprüchen gegen ungeliebte Minderheiten gesagt wird: »Bei Hitler wäre das nicht passiert.« Der ehemalige Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Hans Filbinger, hat es auf den Punkt gebracht: »Was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein.«

So blieb bis heute der gravierende Unterschied zwischen einem Rechtsstaat und einer Diktatur wie dem Dritten Reich juristisch ohne Bedeutung: Denn im Rechtsstaat kontrollieren die Gerichte die Verwaltung unter dem Gesichts-

punkt der Gesetzmäßigkeit; im Dritten Reich jedoch kontrollierten die Polizeibehörden die Gerichte unter dem Gesichtspunkt der Zweckmäßigkeit. Zweckmäßig erschien es den Anheizern des Wirtschaftsaufschwungs zweifellos, die Energieversorgung nach den alten Regeln weiterlaufen zu lassen, Hauptsache, die Schornsteine rauchten.

Bei der Verteilung der Gelder aus dem Marshallplan bedienten sich die Stromer wie keine andere Branche. Von Grundgesetz und Kartellrecht ausdrücklich ausgenommen, begannen die Großen die Kleinen zu fressen. In allen Legislaturperioden der Nachkriegszeit verfügten die Lobbyisten der Stromwirtschaft über eine solide interfraktionelle Mehrheit, es gab keine nennenswerte politische Kraft mehr, die ihr entgegentreten konnte.

Dabei haben die Nachkriegspolitiker es bis heute nicht geschafft, die Rechtsnachfolge der Energieaufseher des Dritten Reichs auf eine verfassungsgemäße, gesetzliche Basis zu stellen. Zunächst hatte der frisch vereidigte Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard am 1. Dezember 1949 versucht, mit einem Erlaß die Energieaufsichtsfunktion des verjagten Generalinspektors in sein Ministerium zu bekommen, das wurde von den Bundesländern aber nicht anerkannt. Daraufhin einigten sich die Kontrahenten im sogenannten Münchener Abkommen vom 13. März 1950 darauf, daß Energieentscheidungen, die mehr als ein Bundesland betreffen, vom Bundeswirtschaftsminister und den zuständigen obersten Landesbehörden im beiderseitigen Einvernehmen geregelt werden sollen. Weder der Erlaß des Wirtschaftsministers noch das nicht veröffentlichte Münchener Abkommen entsprechen der verfassungsrechtlichen Situation des Grundgesetzes. Zu dieser Bewertung sind nicht irgendwelche linken Juristen gekommen, sie findet sich im regierungsamtlich erstellten offiziellen Rechtskommentar zum Energiewirtschaftsrecht.